



GdP-LB Hessen
22. Dez. 2014
Tgb.-Nr.:
.....

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a
65183 Wiesbaden

WOLFGANG GREILICH
Mitglied des Hessischen Landtages
Vizepräsident des Hessischen Landtags
Innen- und schulpolitischer
Sprecher der FDP-Fraktion

Wiesbaden, den 19. Dezember 2014
WG/jh

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrter Herr Grün,

für Ihr Schreiben die Pläne der Landesregierung im öffentlichen Dienst betreffend danke ich Ihnen.

Wie Sie unseren öffentlichen Verlautbarungen und ganz besonders unseren Einlassungen in den bisherigen Debatten zum hessischen Landeshaushalt 2015 sicher bereits entnommen haben, teilt die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag ausdrücklich Ihre Kritik an dem Umgang der schwarz-grünen Koalition mit den hessischen Landesbeamten.

Wir haben dabei stets deutlich geäußert, dass es mit Blick auf die Einhaltung der Schuldenbremse weitere Einsparbemühungen geben muss. Wir dürfen den kommenden Generationen unter keinen Umständen einen Schuldenberg hinterlassen, den sie realistischerweise kaum noch abtragen können, wenn sich die Verschuldungsspirale in den öffentlichen Haushalten weiterdreht. Zur Ehrlichkeit gehört auch – und etwas anderes kann eine Fraktion selbst in der Opposition nicht behaupten, wenn sie den Anspruch hat, redlich zu sein –, dass der öffentliche Dienst nicht ausgespart werden kann, weil er einer der größten Kostenblöcke im Landeshaushalt ist.

FDP-Landtagsfraktion
Schloßplatz 1 - 3
65183 Wiesbaden

Telefon: 06 11.350 723
Telefax: 06 11.350 570

w.greilich@ltg.hessen.de

Büro Gießen
Bismarckstraße 5
35390 Gießen

Telefon: 06 41.975 65 11
Telefax: 06 41.975 65 99

...
wolfgang.greilich@ghc-rae.de

Unsere Kritik entzündet sich jedoch vor allem daran, dass die Summe und das Zusammenwirken der Maßnahmen dieser Koalition ein (vermeintliches) Sparen mit dem Rasenmäher darstellt, statt intelligent an die Strukturen heranzugehen und so den Landeshaushalt zu entlasten:

- Die Besoldungspläne sind aus unserer Sicht in wesentlichen Teilen schlicht rechtswidrig, da die angekündigte Nullrunde in 2015 und die Deckelung der Besoldungserhöhungen pauschal auf 1 Prozent ab 2016 ein verfassungswidriges Sonderopfer für die Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen darstellt, das den Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation durch die strukturelle, einseitige und damit unverhältnismäßige Schlechterstellung gegenüber den Tarifabschlüssen verletzt.

Sie sind darüber hinaus und ganz unabhängig von dieser rechtlichen Bewertung aber auch sachlich falsch, weil sie leistungsfeindlich sind und damit der Attraktivität des öffentlichen Dienstes einen Bärendienst erweisen. Bei der Aussicht auf eine Besoldungsentwicklung, die unter dem Inflationsniveau liegen wird – insgesamt eine faktische Kürzung des Einkommens um 6 Prozent bis 2019 – ist zukünftig nicht mehr gewährleistet, dass hervorragend qualifizierte Menschen für den öffentlichen Dienst gewonnen werden können. Leider haben selbst die Entwicklungen in der Rechtsprechung zu ähnlichen Plänen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr nicht dazu geführt, dass die schwarz-grüne Landesregierung ihre Pläne bezüglich des öffentlichen Dienstes in Hessen überdacht hätte. Die Beamten werden damit in den nächsten Jahren von der gesamtgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung vollständig, pauschal und damit verfassungswidrig abgekoppelt.

- Ein Stellenabbau von 29,5 Stellen in 2015 in der Polizeiverwaltung wird schon denklogisch dazu führen, dass die mangels Aufgabenkritik auch weiterhin anfallende Verwaltungsarbeit letztlich durch den Polizeivollzugsdienst erledigt werden muss. Letztlich wird dies dazu führen, dass weniger Polizei „auf der Straße“ präsent sein wird. Mit Blick auf die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Hessen und insbesondere die Zunahme von ermittlungsintensiven Delikten ist dies absolut kontraindiziert.
- Zudem wird die Kürzung der Beihilfe ab dem nächsten Jahr um 20 Millionen Euro jährlich – insbesondere in dem Zusammenwirken mit dem Stellenabbau und der Besoldungspläne – ebenfalls nicht zur Attraktivität des Polizeiberufs beitragen.

Die unbestrittenermaßen unbedingt notwendigen Einsparungen haben gerade wir als FDP schon in der vergangenen Legislaturperiode in den von uns geführten Häusern erbracht, wie die Reform der Straßenbauverwaltung im Wirtschaftsministerium, die

umfassende Neuordnung der Gerichtsstandorte und -organisation im Justizministerium und der Abbau des Wasserkopfes in der Schulverwaltung im Kultusministerium sowie ein umfangreiches Stellenabbauprogramm in der Landesverwaltung - allerdings mit entsprechender Aufgabenkritik verbunden - gezeigt haben. All das hat uns bei Leibe nicht nur Applaus eingebracht - und dennoch standen wir hierbei für einen fairen Umgang mit den Beschäftigten und Beamten: Denn die durch diese Strukturreformen zusätzliche Leistungsbereitschaft, die wir den Landesbediensteten abverlangt haben, hat die schwarz-gelbe Landesregierung folgerichtig unter großen finanziellen Anstrengungen fair bezahlt, indem wir den Tarifabschluss der Angestellten auch für die Beamten übernommen haben. Diese Entscheidung trotz angespannter Kassenlage sollte als Wertschätzung und Anerkennung, aber auch zur Motivation für den öffentlichen Dienst dienen.

Und auch in dieser Legislaturperiode gäbe es unserer Auffassung nach Möglichkeiten, weitere Einsparungen durch echte Strukturreformen zu erreichen, ohne Abstriche bei der öffentlichen Sicherheit machen zu müssen. Einen ersten Vorschlag zur Beibehaltung der 29,5 Stellen in der hessischen Polizeiverwaltung für kommendes Jahr haben wir bereits vorgelegt. Durch die Abschaffung der Reiterstaffel und die Schließung von zwei der drei Polizeidruckereien in Hessen können insgesamt 2,2 Millionen Euro pro Jahr eingespart werden, wodurch die Kosten für die 29,5 Stellen, die lediglich rund 665.000 Euro betragen, problemlos gegenfinanziert wären.

Man kann sicher zur Einhaltung der Schuldenbremse manche Einsparmaßnahme trefflich diskutieren - aber in dieser Bündelung zeigt dies nicht nur mangelnde Anerkennung und Respekt für den Einsatz der Landesbediensteten und dient nicht etwa der Einhaltung des Abbaupfades, sondern finanziert lediglich die Spielwiesen der Grünen im Bereich der Windenergieförderung und der gesinnungsmäßig als gut angesehenen Ökolandwirtschaft gegen. Für uns ist daher klar: Die von CDU und Bündnis 90/Die Grünen ins Auge gefassten Pläne für den öffentlichen Dienst können und dürfen so nicht Realität werden. Wir werden daher als Oppositionsfraktion die weitere Entwicklung und das Verhalten der Koalition in den kommenden Monaten sehr genau beobachten und mahnen, den Beamtinnen und Beamten keine verfassungswidrige Sonderopfer aufzuerlegen und sie damit zu demotivieren, sondern sie auch in Zukunft angemessen an der guten wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben zu lassen.

Selbstverständlich stehe ich Ihnen gerne auch zu persönlichen Gesprächen und weiterem Meinungsaustausch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Greilich